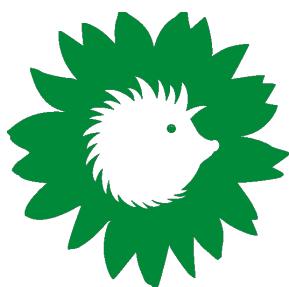


Seite 4

Seite 5

Seite 8



NEUKÖLLNER STACHEL

Bündnis 90/Die Grünen Neukölln | Nr. 197, Ausgabe II/2024



FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA!

„Sehen wir auch so!“ sagen die beiden Passant*innen, als wir gerade dabei sind, ein Plakat aufzuhängen. „Mach Nazis ein Kreuz durch die Rechnung“ steht dort geschrieben – denn mit der Europawahl am 9. Juni stellt sich die Frage „*Was für eine EU wollen wir?*“ drängender denn je. Während wir für ein inklusives, soziales und nachhaltiges Europa streiten, sind vielerorts rechte Kräfte auf dem Vormarsch: Im EU-Parlament könnte es ab Juni eine rechts-konservative Mehrheit geben (*Terry Reintke, S. 6*), die gerade erst begonnene ökologische Wende mit dem Green New Deal soll

direkt wieder gestoppt werden, zivile Seenotrettung wird mehr und mehr kriminalisiert (*Erik Marquardt, S. 5*), es drohen immer menschenverachtendere Asylrechtsverschärfungen (*Susanna Kahlefeld und Jonathan Philip Aus, S. 6*).

Hier in Neukölln beschäftigen wir Grüne uns intensiv mit diesen bedenklichen Entwicklungen – nicht zuletzt, weil in unserem Bezirk viele Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte leben.

Fortsetzung auf Seite 2

INHALT

Grüne Erfolge in der EU	Seite 2
Fragen und Antworten zur Europawahl	Seite 3
Brandmauer nach Rechts	Seite 6
Asylrechtsverschärfungen in Europa	Seite 6
Mit Grün voran statt mit Schwarz-Rot zurück	Seite 7
In Vielfalt geeint	Seite 8
Grüne Welle für Klima- und Naturschutz	Seite 8
Update aus dem Abgeordnetenhaus	Seite 10
Wir fahren zusammen!	Seite 11

FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA!

Fortsetzung von Seite 1

So haben wir beispielsweise einen Antrag beschlossen, der die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) scharf kritisiert. Für uns ist klar: Die EU muss ein solidarisches und offenes Projekt sein.

Wie mit einer progressiven EU ein anderes, grünes und gerechteres Europa möglich ist, wollen wir in

dieser Ausgabe des Neuköllner Stachels zeigen: Von der Wirkung von EU-Mitteln in Neukölln (S. 12) über ein europäisches Recht auf Reparatur (Anna Cavazzini, S. 4) zu weiteren Grünen Errungenschaften in der EU (unten auf dieser Seite). Damit es in der EU weiterhin Erfolge im Sinne des Klimaschutzes (AG Klima, S. 9), der Gerechtigkeit und einer vielfältigen Gesellschaft gibt, braucht es

bei der Europawahl Eure Stimmen:
Am 9. Juni Grün wählen!



Christina Hilmer-Benedict
Vorstandssprecherin von
Bündnis 90/Die Grünen
Neukölln



Malte Spielmann
Vorstandssprecher von
Bündnis 90/Die Grünen
Neukölln

FÜNF GRÜNE ERFOLGE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

KLIMA-SOZIALFONDS



Mit dem 65 Millionen Euro schweren Klima-Sozialfonds soll ab 2026 speziell gegen Energie und Mobilitätsarmut vorgegangen werden.

LIEFERKETTENGESETZ

Große Firmen sind nun verpflichtet, sich um die Einhaltung der Menschen- und Arbeitsrechte bei ihren Zulieferern zu kümmern – so können Kinderarbeit und umweltschädliche Erzeugung in den Herkunftsländern von Produkten und Rohstoffen verhindert werden.



EU-WEITER MINDESTLOHN



Mit dem Europäischen Mindestlohn von 60 Prozent des mittleren Einkommens bekommen jetzt alle in Deutschland zukünftig einen vor Armut schützenden Mindestlohn von über 14 Euro pro Stunde, statt der aktuellen 12,41 Euro.

LKW-MAUT FINANZIERT SCHIENE

Der EU verdanken wir, dass mit den Einnahmen aus der LKW-Maut künftig nicht nur der Erhalt der Straßeninfrastruktur, sondern auch das Schienennetz finanziert wird.



GESETZ ZUR WIEDERHERSTELLUNG DER NATUR



Das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur ist das weltweit erste Renaturierungsgesetz und gleichzeitig die erste EU-Naturschutzgesetzgebung seit mehr als zwei Jahrzehnten. Ein wichtiger Schritt, um Artensterben und Klimakrise zusammen anzupacken!

Susanna Kahlefeld, Europapolitische Sprecherin der Grünen Fraktion Berlin

DIE WICHTIGSTEN FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR EUROPAWAHL

WANN WIRD GEWÄHLT?

In Deutschland und den meisten Ländern findet die Europawahl am 9. Juni statt. Schreibt Euch das Datum in den Kalender!

9. Juni
Europawahl!

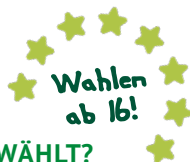
WAS WÄHLEN WIR EIGENTLICH?

Die Europawahl ist die Wahl für ein neues Europäisches Parlament, auch EP genannt. Das EP ist das einzige direkt gewählte Organ der Europäischen Union. Alle, die wählen dürfen und auch zur Wahl gehen, entscheiden also alle 5 Jahre mit, wer die Bürger*innen im EP direkt vertritt. Jedes Land sendet eine bestimmte Anzahl an Abgeordneten in das EP, je nach Größe des Landes. Deutschland als bevölkerungsreichstes Land entsendet beispielsweise 96 Abgeordnete.



WIE ARBEITEN DIE ABGEORDNETEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT ZUSAMMEN?

Im EP schließen sich die Abgeordneten zu Fraktionen zusammen, die aus unterschiedlichen, aber sich nahestehenden Parteien aus den verschiedenen Ländern bestehen. Eine Fraktion muss aus Abgeordneten aus mindestens sieben EU-Staaten zusammenkommen. Die Idee dahinter ist, dass es nicht um die Vorteile des eigenen Landes gehen soll, sondern um die gesamte Europäische Union.



UND WER WÄHLT?

Rund 350 Millionen Menschen. Alle EU-Bürger und EU-Bürgerinnen sind aufgerufen zu wählen, wenn sie alt genug sind. In Deutschland wurde das Wahlalter gerade von 18 auf 16 Jahre abgesenkt – eine langjährige grüne Forderung.

ALSO ALLES WIE BEI DER BUNDESTAGSWAHL?

Es gibt einen großen Unterschied zu den nationalen Parlamenten: Im EP fehlt der Gegensatz zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen. Stattdessen bilden sich je nach Abstimmungsthema wechselnde Mehrheiten und Abgeordnete stimmen unabhängiger ab.

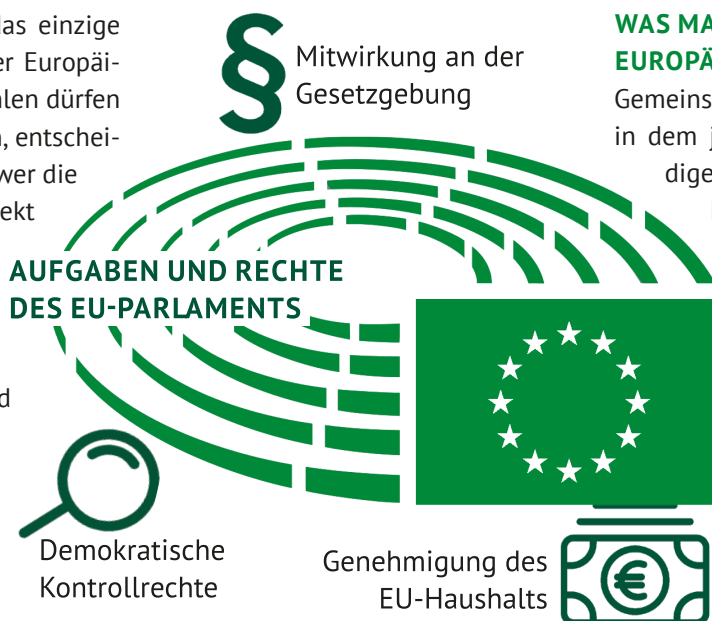
WAS MACHT DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT?

Gemeinsam mit dem Rat der EU, in dem je nach Thema die zuständigen Fachminister*innen der Mitgliedsstaaten zusammenkommen, kann das EP Rechtsvorschriften erlassen. Auch kann es Gesetze verabschieden, die jedoch von der Europäischen Kommission vorgeschlagen werden. Das EP hat kein Initiativrecht. Zusammen mit dem Rat der EU entscheidet es über den europäischen Haushalt.

Zudem wählt das EP den oder die Kommissionspräsident*in sowie die Kommission in ihrer Gesamtheit. Des Weiteren verfügt das EP über eine Reihe von Kontrollmöglichkeiten zur Überwachung und Prüfung der anderen EU-Institutionen wie dem Rat und der Kommission und kann letztere auch per Misstrauensvotum ablehnen.



Milena Oschmann
Mitglied im Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, seit 2018
Teil der Stachel-Redaktion



GIBT ES EINE 5-PROZENTHÜRDE?

Bei der Europawahl gibt es (noch) keine Sperrklausel. Sie verhindert, dass zu viele zu kleine Parteien in einem Parlament vertreten sind und es so zu einer Zersplitterung kommt. Bei der Bundestagswahl liegt die Sperrklausel bei 5 Prozent („5-Prozent-Hürde“). 2022 hat das EP einen Vorschlag für eine einheitliche Sperrklausel zur Europawahl gemacht. In Deutschland wird jedoch erst bei der Europawahl 2029 eine Sperrklausel von 2 Prozent eingeführt.

REPARIEREN STATT WEGWERFEN

Mit Kreislaufwirtschaft gegen die Klimakrise



Hier könnten elektronische Geräte bald einfach repariert werden: Ein Handy-Shop in der Karl-Marx-Straße

Wer kennt das nicht: Das Smartphone funktioniert noch einwandfrei, aber der Akku gibt nach zwei Jahren auf. Wer dann nur den Akku austauschen will, stellt häufig fest, dass das bei vielen Handymodellen gar nicht geht: Ersatz-Akkus, Werkstätten oder Händler, die Akkus tauschen können, sind Fehlanzeige. Stattdessen muss gleich ein neues Smartphone gekauft werden. Das Ergebnis: Unmengen Elektroschrott, der keiner sein müsste. Wenig verwunderlich also auch, dass Elektroschrott der am schnellsten wachsende Abfallstrom auf der Welt ist. Jedes Jahr entstehen weltweit 50 Millionen Tonnen, das sind durchschnittlich 6 Kilo pro Kopf. Nur ein Bruchteil davon wird ordnungsgemäß gesammelt und recycelt. Der Abbau von Rohstoffen geht oft mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltverbrechen einher. In dieser Legislaturperiode haben wir

in der EU im Rahmen des Green Deal die Weichen umgestellt: Mit dem einheitlichen Ladekabel machen wir Schluss mit dem Kabelsalat in unseren Technikschränken und sparen gleichzeitig massiv Ressourcen ein. Und fast all unsere Produkte werden Mindestanforderungen an Nachhaltigkeit erfüllen müssen, sodass Schrottprodukte nach und nach vom Binnenmarkt verschwinden. Zu diesen Nachhaltigkeitsstandards gehören auch Reparierbarkeit und Langlebigkeit oder die Verfügbarkeit von Ersatzteilen und Anleitungen. Mit einem Repair-Score wird zukünftig an der Ladentheke sichtbar, dass sich ein paar mehr Euro in der Anschaffung durch eine längere Lebenszeit lohnen. Mit dieser Kombination können wir unser Smartphone länger nutzen, reparieren, weitergeben und kommen weg von der Wegwerfgesellschaft.

Ich freue mich besonders, dass wir mit dem europäischen Recht auf Reparatur dann auch Tüftler*innen und unabhängigen Werkstätten – vom Repair Shop an der Karl-Marx-Straße bis zum ehrenamtlichen Repair Café – sprichwörtlich die Werkzeuge für aktiven Klimaschutz in die Hand geben. Zusammen mit Anreizen, im Rahmen der Garantie ein defektes Produkt reparieren und nicht ersetzen zu lassen, stärken wir Verbraucher*innen, die nachhaltig handeln wollen und die lokale Wirtschaft. Reparieren statt wegwerfen ist gut für unseren Planeten, Ressourcen und den Geldbeutel.



Anna Cavazzini
Abgeordnete im Europäischen Parlament, arbeitet im Binnenmarktausschuss zu Kreislaufwirtschaft und Verbraucherschutz und streitet für nachhaltige Produktstandards

SEENOTRETTUNG UNTER DRUCK

In den letzten Jahren sind mehr als 30.000 Menschen auf der Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken. Was man in Zahlen so nüchtern in Hauptsätzen niederschreiben kann, ist dabei nicht nur ein Scheitern der Idee einer universellen Menschenwürde, die zu schützen oberste Aufgabe aller staatlichen Gewalt ist. Es ist auch ein unvorstellbarer Schmerz von mehr als 30.000 Schicksalen, die auf ein Leben in Sicherheit und Freiheit und Rechtsstaat gehofft haben und den Erstickungstod im Mittelmeer fanden.

Allzu oft wird nüchtern und kalt über angebliche "Pull-Faktoren" gesprochen, Exceltabellen über Ankunfts zahlen werden verglichen und Diktatoren mit Geldgeschenken überhäuft, damit sie Flucht nach Europa aufhalten – koste es was es wolle.

Doch eine staatliche Seenotrettungsmission der EU-Staaten gibt es seit Jahren nicht. Der Grund: Man

will vermeiden, dass die Geretteten nach Europa kommen. Denn dorthin müssen die Seenotrettungsschiffe Menschen nach der Rettung bringen. Eine Ausschiffung in Länder wie Libyen ist schlicht verboten. Weil er das missachtete, wurde ein Kapitän in Italien unlängst zu einer Haftstrafe verurteilt.

Und auch die zivile Seenotrettung gerät immer stärker unter Druck. Menschen werden unter fadenscheinigen Begründungen angeklagt, Schiffe festgesetzt und mit Auflagen überzogen. Die zivile Seenotrettung wird für die Hilfsorganisationen dadurch immer schwerer und teurer. Staatliche Schikane von Hilfsorganisationen, die Menschenleben retten – das ist der Alltag an der EU-Außengrenze Mittelmeer. Dabei dient die Kriminalisierung und Diffamierung ziviler Seenotrettung EU-Regierungen wie Italien vor allem als Sündenbock, um von der eigenen Ver-

antwortung abzulenken. Wer immer behauptet, Migration mit einfachen Lösungen bekämpfen zu können, braucht einfache Feindbilder. Dass Studien immer wieder darlegen, dass die Seenotrettung gar keinen Einfluss auf die Zahl der Abfahrten hat, sondern einfach nur mehr Menschen sterben, wenn Seenotrettung fehlt – das scheint in Zeiten der populistischen Migrationshysterie nur wenige zu interessieren.

Und doch gilt für uns weiterhin: wenn Europa Menschen ertrinken lässt und versucht Seenotrettung zu verhindern, dann können wir auch gleich moralische Insolvenz anmelden.

Menschen lässt man nicht ertrinken.



Erik Marquardt
Abgeordneter im
Europäischen Parlament,
arbeitet zu den Themen
Flucht, Migration und
Menschenrechte

Foto: Erik Marquardt



DIE BRANDMAUER NACH RECHTS MUSS STEHEN

Einmal mehr geht es bei der Europawahl am 9. Juni um viel: Die Wahl ist entscheidend für die Zukunft unserer EU. Erstmals gibt es die ernsthafte Gefahr, dass EU-feindliche und in Teilen rechtsextreme Parteien mit am Tisch sitzen, wenn die Parlamentsmehrheit mit der Kommission nach der Wahl über das Arbeitsprogramm der kommenden fünf Jahre verhandelt. Das hieße: ein Zurückdrehen des Green Deals, Angriffe auf Minderheiten- und Frauenrechte und Rückschritte bei der europäischen Integration. Schon jetzt sehen wir, wie die Unionsparteien und ihre EVP-Fraktion mithilfe der rechten und rechtsextremen Fraktionen im Europäischen Parlament wichtige Vorhaben beim Klima- und Naturschutz gegen ihre eigene Kommissionspräsidentin abwickeln wollen. Ich kämpfe deshalb für die Bildung einer starken demokratischen pro-euro-

päischen Mehrheit. Die Brandmauer nach Rechts muss stehen, und das muss Ursula von der Leyen klar sein. Für den Wahlkampf haben wir einen Auftrag aus der breiten Öffentlichkeit, der uns Rückenwind gibt. Die vielen Menschen, die in den vergangenen Monaten gegen die menschenverachtenden und rassistischen Deportationsfantasien der rechtsextremen AfD auf die Straße gegangen sind, zeigen: Gemeinsam sind wir mehr. Wir lassen die Unterwanderung durch Rechtsextreme nicht zu. Nicht im Fußballverein, nicht in der Kneipe nebenan, nicht im Bezirksamt und nicht in der EU. Statt wie CDU und CSU den Menschen vorzugaukeln, alles könne bleiben, wie es ist, bieten wir ihnen Lösungen an. Deshalb ist es so wichtig, dass wir den Menschen immer und besonders jetzt im Wahlkampf zuhören – ihre Hoffnungen, ihre Nöte, ihre

Anregungen aufnehmen. Nur gemeinsam können wir Europa bauen, und dafür brauchen wir Eure Ideen und Eure Stimmen.



Terry Reintke
Abgeordnete im Europäischen Parlament & Grüne Spitzenkandidatin für die Europawahl 2024

GEAS-REFORM UND RUANDA-MODELL

Asylrechtsverschärfungen in Europa

Die EU bringt massive Asylrechtsverschärfungen auf den Weg. Mit der beschlossenen Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) wird z.B. festgelegt: einer in Berlin Asyl suchenden Person, die sich gemäß Asyl- und Migrationsmanagement-Verordnung eigentlich in Rom oder Athen aufhalten sollte, müssen die Sozialleistungen entzogen werden. Wir lehnen dieses Sanktionsregime ab. Jeder Mensch hat ein Grundrecht auf Gewährleistung

eines menschenwürdigen Existenzminimums.

Zudem wird mit der neuen Screening-Verordnung eine europarechtliche Verpflichtung zum sogenannten Screening innerhalb des Hoheitsgebiets eingeführt. Damit droht eine Zunahme von Racial Profiling in Neukölln. Wir stellen uns diesen Plänen entschieden entgegen – im Interesse der von diskriminierenden Kontrollen betroffenen Neu-

köllner*innen, der Bediensteten der Polizei Berlin und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserem Bezirk.

Den Konservativen gehen diese massiven Asylrechtsverschärfungen aber noch nicht weit genug. So fordert die Wegner-CDU nun auch die Einführung des sogenannten Ruanda-Modells: „Jeder, der in Europa

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat außerhalb der EU gebracht werden und dort ein Verfahren durchlaufen“ (Europawahlprogramm der CDU/CSU, S. 7). Diese von der AfD übernommene Forderung verstößt gegen die Europäische Menschenrechtskonvention – das hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Falle des Deals zwischen Großbritannien und Ruanda bereits festgestellt. Aus blankem Rechtspopulismus halten CDU/CSU und AfD trotzdem an ihren irrsinnigen

Forderungen fest. Für uns Grüne ist klar: Der Asylantrag von Menschen, die in der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in Europa inhaltlich geprüft werden.



Susanna Kahlefeld
Europapolitische
Sprecherin der Grünen
Fraktion Berlin



Jonathan Philip Aus
Sprecher der LAG
Migration und Flucht
Berlin



MIT GRÜN VORAN STATT MIT SCHWARZ-ROT ZURÜCK

Die Europawahl entscheidet darüber, ob es uns gelingt, ein soziales und solidarisches Europa zu bauen, ob es uns gelingt, den Kontinent endlich klimaneutral umzugestalten und nachhaltig in eine Wirtschaft mit sicheren Jobs und einer modernen Infrastruktur zu investieren.



Philmon Ghirmai
Landesvorsitzender von
Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Um das zu erreichen, braucht es starke Bündnisgrüne im Europäischen Parlament. Was passiert, wenn die anderen Parteien die politische Verantwortung tragen, sieht man gerade sehr gut in Berlin. Unsere Befürchtung, dass unter einer schwarz-roten Landesregierung viele Erfolge der letzten Jahre zurückgedreht werden, hat sich leider bestätigt. Es gibt etwa Rückschritte bei der Mobilität, z.B. beim Radwege-, Fußwege-, oder Tram-Ausbau. Jetzt sollen auch noch 130 Millionen beim ÖPNV gekürzt werden – und das zugunsten von kurzlebigen Wahlgeschenken, die sich CDU und SPD gegenseitig gemacht haben, von denen aber die Berliner*innen nicht profitieren. Auch in der Sozialpolitik gibt es Rückschritte, die vor allem in den Bezirken einschlagen und die wir Neuköllner*innen ausbaden müssen. Aufgrund der unseriösen Haushaltspolitik von Schwarz-Rot

hängen soziale Einrichtungen um ihre Finanzierung und wegen des Haushaltschaos des Senats werden ihnen sämtliche Handlungsspielräume genommen. Im schlimmsten Fall müssen Angebote gekürzt werden. Selbst die Gelder für den sozialen Wohnungsbau, den Berlin so dringend braucht, wurden gesperrt. Am sichtbarsten sind die Rückschritte beim Klimaschutz, wo allen Versprechungen zum Trotz inzwischen klar wird, dass Klimaschutz ohne Bündnisgrüne in der Regierung einfach nicht mehr stattfindet.

Statt zum Wohle der Berliner*innen verantwortungsvoll zu handeln, regiert der Senat an den wirklich drängenden Bedürfnissen der Berliner*innen vorbei und verheddert sich in seinen eigenen Ankündigungen. Damals wie heute gilt: CDU und SPD fehlt es offenkundig an Ideen, wie Berlin – aber auch Europa – zu einem gerechteren Ort für alle Generationen werden kann.

WÄRMEWENDE IN NEUKÖLLN

Wärmewende, Heizungsgesetz, Preisanstiege für Strom und Gas – Heizen scheint komplizierter zu werden. Was bedeutet das für Miete und Nebenkosten? Muss ich in meinem Einfamilienhaus jetzt die Gasheizung herausreißen? Eine kurze Antwort auf die letzte Frage vorweg: nein.

CO₂-REDUKTION IST UNUMGÄNGLICH

Fossile Energieträger wie Gas und Öl sind nicht nur schlecht für das Klima, sie werden in den nächsten Jahren auch immer teurer. Um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen, muss Deutschland von 750 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß 2022 auf 438 Millionen Tonnen im Jahr 2030 und Null bis 2045 kommen. Für Gebäude bedeutet das: bessere Dämmung, Energieeffizienz und verstärktere Nutzung erneuerbarer Energiequellen.

DIE WÄRMEWENDE IST EINE EUROPÄISCHE AUFGABE...

Auch die Europäische Union

arbeitet an der Umsetzung der Klimaziele. Bis 2050 soll ein klimaneutraler Gebäudebestand erreicht sein, dazu wird gerade die EU-Gebäude-richtlinie (EPBD) überarbeitet. Und es gibt positive Beispiele aus anderen EU-Ländern: Hohe Standards für Bürobauten in den Niederlanden, das Verbot neuer Gas- und Ölheizungen in Dänemark schon seit 2013. Das macht Mut!

... UND WICHTIG FÜR NEUKÖLLN

Das Heizungsgesetz der Bundesregierung setzt vor allem auf zweierlei: die kommunale Wärmeplanung und die Förderung der Heizungs-umrüstung. Das Land Berlin hat das Fernwärmenetz der Stadt gekauft, in den nächsten Jahren ist hier ein massiver Ausbau geplant, z.B. durch eine verstärkte Nutzung der Müllverbrennung, was auch nicht immer problemlos ist. Vor allem im Norden Neuköllns wird ein Fernwärmeanschluss für viele eine gute Option sein. Wir Grüne werden den Ausbau im Bezirk kritisch begleiten und auch mögliche

Belastungen für Anwohner*innen im Blick behalten.

Wenn die Erneuerung einer Heizung in Ein- und Mehrfamilienhäusern ansteht (und nur dann), sollen klimafreundliche Varianten wie Wärmepumpen künftig Vorrang vor fossilen Technologien haben. Weil das erst einmal Geld kostet, bietet das Heizungsgesetz umfangreiche Förderungen. Für Eigenheimbesitzer*innen sind das 50 bis 70 % der Investitionskosten. Für Mieter*innen gilt: Die Modernisierungsumlage beim Heizungstausch ist auf 50 Cent pro Quadratmeter gedeckelt. Und eine verpflichtende Beratung für Vermieter*innen soll sicherstellen, dass nur Heizkosten einsparende Lösungen realisiert werden. Damit gewinnt nicht nur das Klima, sondern auch unser Geldbeutel.



Ulrike Klein

Mitglied von Bündnis 90/
Die Grünen Neukölln und
Sprecherin der AG
Süd-Neukölln

IN VIELFALT GEEINT

Was Wohlstand, Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit, Diversität schützt

„In Vielfalt geeint“ lautet das offizielle Motto der EU, und diese Vielfalt meint ganz klar auch die Vielfalt der Kommunen Europas, deren Recht auf kommunale Selbstverwaltung in Art. 4 des EU-Vertrags festgehalten ist. „In Vielfalt geeint“ kann als politisches Ziel, aber auch als Auftrag und Verantwortung der kommunalen Ebene verstanden werden. In einem selbst so vielfältigen Bezirk wie Neukölln erleben wir das an vielen Stellen – Europa ist direkt vor

unserer Haustür. Dass gut 70 Prozent der auf EU-Ebene getroffenen Entscheidungen direkt oder indirekt auch die kommunale Ebene betreffen, ist bekannt. Sei es die Feinstaub- oder die Dienstleistungsrichtlinie, der Europäische Green Deal, Erasmus-Programme für Schulen oder das Kommunalwahlrecht: Europa ist aus der Kommunalpolitik nicht wegzudenken.

So ist beispielsweise der Beschluss der EU-Kommission vom Dezember

2019, bis 2050 klimaneutral zu werden, zwar vor allem eine Strategie zur Dekarbonisierung von Industrie, Wirtschaft und Verkehr – aber auf kommunaler Ebene können wir zu diesem Ziel entscheidend beitragen. Klimaresiliente Parks wie die derzeit umgestaltete Hasenheide sowie die Stärkung des Fuß- und Radverkehrs durch Kiezblocks sind Bausteine, die vor Ort dazu beitragen,...

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

... den ökologischen Fußabdruck zu verkleinern. Gerade auf kommunaler Ebene gilt es, dem Klimawandel durch gezielten Schutz der Stadtnatur zu begegnen, weshalb wir unsere Straßenbäume durch Entsiegelungs- und Versickerungskonzepte für Regenwasser besser gegen Trockenheit schützen und uns natürlich mit aller Energie für ein 100% freies Tempelhofer Feld einsetzen.

„In Vielfalt geeint“ bedeutet auch,

Vielfalt zu schützen. Mit großer Energie hat sich die Grüne Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung für eine Beauftragtenstelle für queeres Leben in Neukölln, einen Runden Tisch zur Förderung jüdischen Lebens und gegen antimuslimischen Rassismus im Bezirk eingesetzt. Zusammenhalt in Europa und im Bezirk braucht engagierte Bürger*innen, die sich bewusst und mit all ihren Erfahrungen und Ideen einbringen. Wir unterstützen das nach Kräften – sei es dabei, bedrohte Initiativen

in ihrem Kampf um Räumlichkeiten zu stärken, oder bei der Einrichtung des Kinder- und Jugendparlaments Neukölln, das seit diesem Jahr regelmäßig tagt und bereits Grundschulkinder für die Demokratie begeistert. Und in Zukunft? Arbeiten wir weiter daran, Europa im Bezirk lebendig zu halten und europäische Vielfalt zu leben.



Susann Worschech
Verordnete in der
Bezirksverordneten-
versammlung Neukölln

GRÜNE WELLE FÜR KLIMA- UND NATURSCHUTZ IM EU-PARLAMENT

6-Punkte der AG Klima für ein nachhaltiges Europa

1.

Das Klima erhitzt sich global – Naturschutz und Anpassung muss aber lokal in den Städten und Gemeinden umgesetzt werden. Viele Verordnungen der EU zielen direkt auf die Kommunen, viele Fördermöglichkeiten auch. Daher brauchen wir Leute im Europaparlament, denen wir vertrauen und die für Klima- und Naturschutz kämpfen.

2.

Extremwetterlagen nehmen zu. In den dicht versiegelten Straßen von Neukölln sind Hitzewellen jetzt schon ein Gesundheitsproblem. Besonders betroffen sind Alte, Kinder, Vorbelastete, Menschen, die im Freien arbeiten und Arme in schlecht isolierten Wohnungen oder ohne Wohnung. Leute, die nicht eben mal ins etwas kühlere Umland fliehen können. Es braucht Schutzmaßnahmen, die der Bezirk nur mit Hilfe von Land, Bund und EU durchsetzen kann.



Finanziell klamme Kommunen wie Neukölln profitieren von EU-Förderprogrammen wie dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem LIFE-Programm für Klima- und Naturschutz. Dadurch investieren wir in unsere Zukunftsfähigkeit, z.B. in neue Radwege, in Klimaquartiere, in energetische Sanierung oder Klimaberatung.

3.



4.

Neukölln ist sehr dicht besiedelt und hat mit Stadtautobahn, Hermannstraße, Karl-Marx-Straße und Sonnenallee viel Verkehr und eine hohe Luftverschmutzung. Durch schärfere Abgasnormen, Förderung von Ladesäulen und Elektromobilität sorgt der European Green Deal für bessere Luft- und somit bessere Lebensqualität in Neukölln.

5.

Berlin-Brandenburg ist sehr trocken und in den Wäldern brennt es oft tagelang. Wassermanagement wird zur Herausforderung. Wir brauchen Erfahrungsaustausch und Vernetzung mit den europäischen Regionen, die bereits mit diesen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

6.

Gegen massive Widerstände der fossilen Lobby und der Populisten konnten wir wichtige EU-Gesetze für besseren Klimaschutz erreichen. Aber wir wollen mehr: Wir brauchen Umweltschutzgesetze, die über Grenzen hinweg wirken, wie das Gesetz zur Rettung der Natur. Auch in Neukölln müssen Insekten geschützt werden, denn: ohne Bienen keine Zukunft!



UPDATE AUS DEM BERLINER ABGEORDNETENHAUS

Neuköllner Grünen-Abgeordnete berichten

BAHAR HAGHANIPOUR

Rechtsextremismus erstarkt und mit ihm mehren sich antifeministische Übergriffe. Sie untergraben die Demokratie und bekämpfen eine Gesellschaft, die für alle Menschen gleiche Chancen und Rechte will. Frauen, queere Menschen, alle, die über sich selbst bestimmen, sind davon bedroht. Dagegen braucht es jetzt den feministischen Schulterschluss! Parlamentarisch kämpfe ich dafür, dass sich Schwarz-Rot nicht auf seinen Gleichstellungsversprechen ausruht. Berlin braucht mehr Frauenhäuser und einen starken Gewaltschutz. Viel zu oft gibt es nur kostenfreie Pissoirs – alle anderen haben das Nachsehen. Berlins öffentliche Toiletten müssen geschlechtergerecht sein. Ich kämpfe dafür, dass sich das ändert.

ANDRÉ SCHULZE

4.500.000.000 Euro – diesen Betrag haben CDU & SPD im aktuellen Haushalt nicht gegenfinanziert. Gleichzeitig hatte die Koalition den Klimaschutz nahezu vollständig in ein Sondervermögen ausgelagert. Verfassungswidrig, wie ein Rechtsgutachten feststellte. Die Folge: Haushaltschaos – mangelnde Haushaltstransparenz für uns Abgeordnete und kaum Planungssicherheit für Bezirke, soziale Träger und Unternehmen. Einen Plan B hat der Senat nicht – jetzt droht Berlin ein sozialer und ökologischer Kahlschlag. Ich habe der Koalition angeboten, im Abgeordnetenhaus gemeinsam nach den besten Lösungen für die Stadt zu suchen. Denn seit Monaten versteckt sie sich hinter geheimen Senats-Sparplänen.



Bahar HaghaniPour

Susanna Kahlefeld

Daniel Wesener

André Schulze

SUSANNA KAHLEFELD

Ich setze mich weiterhin für den Erhalt des Tempelhofer Feldes und gegen die Bebauungspläne des Senats ein. Neben meinen schriftlichen Anfragen liegt der Fokus auf dem #Feldliebe Festival Monat, welcher von einem Bündnis aus verschiedenen Initiativen organisiert wird. Gemeinsam mit Bahar HaghaniPour veranstalte ich hierzu am 22.05 und 31.05 zwei Aktionen (Infos unten). Ende April haben Turgut Altuğ und ich zum Fachgespräch über Friedhofsentwicklungsplan, Grabfelderbedarf und Naturschutz eingeladen. Wir sprachen über den steigenden Bedarf an Grabfeldern für Muslim*innen in Berlin und mögliche Lösungen für die aktuellen Herausforderungen bei der Reaktivierung alter Friedhofsflächen.

Mehr Infos
zum Feldliebe-Festival: thfbleibt.de/feldliebe



DANIEL WESENER

Ein Jahr ist der neue schwarz-rote Senat nunmehr im Amt. Berlins Kultur sieht dabei ziemlich alt aus: Erstmals seit langem ist der Anteil vom Kultur- am Gesamthaushalt geschrumpft. Gekürzt werden soll vor allem bei der Freien Szene, der bezirklichen Kulturarbeit sowie den künstlerischen Arbeitsräumen. Das ist verheerend für die Kulturstadt Berlin und auch für Neukölln, wo Kulturschaffende zahlreich aber Ateliers, Proberäume und Aufführungsorte Mangelware sind. Mit meiner Arbeit im Parlament will ich die Förder- und Arbeitsbedingungen für freischaffende Künstler*innen verbessern, den weiteren Verlust von kreativen Räumen verhindern und die kulturelle Grundversorgung in den Bezirken sichern.

WIR FAHREN ZUSAMMEN!

Ver.di und FridaysForFuture kämpfen für eine sozial-ökologische Verkehrswende

Als wir morgens um sieben den Versammlungsraum im Betriebshof betreten, sitzen die Vertrauensleute von ver.di bereits an einer langen Tafel. Als der Leiter uns sieht, stellt er uns allen vor: „Liebe Kollegen, das sind die Aktivist*innen von FridaysForFuture“. Matthias erklärt seinen Kollegen, dass wir vor Ort sind, um in der kommenden Tarifrunde zu unterstützen. Er übergibt das Wort an Rika. Sie geht zuerst auf die Beschäftigten ein, auf die katastrophalen Arbeitsbedingungen, unter denen Bus- und Bahnfahrer*innen in Berlin arbeiten müssen: Sechs Tage Schichtdienst am Stück, keine Zeit für Essen oder Toilettengang und dazu ein viel zu geringes Gehalt. Das ist nicht in Ordnung, denn für die Verkehrswende sind die Beschäftigten unverzichtbar. Deshalb ist es wichtig, sowohl für gute Arbeitsbedingungen als auch für einen gut ausgebauten ÖPNV zu streiken. Davon profitieren nicht nur die Beschäftigten, sondern auch die Klimabewegung!

Startpunkt der Kampagne „WirFahrenZusammen“ war der 15. September 2023, der Globale Klimastreik



Foto: Santiago Rodriguez

von FridaysForFuture. Die Demo diente als Start der Sammelpetition. Die Forderungen waren: 16 Milliarden Euro für eine Verdopplung des ÖPNV bis 2030 – und bessere Arbeitsbedingungen! Die Aktivist*innen führten zahlreiche Gespräche über ihr Anliegen mit der Zivilgesellschaft, den Beschäftigten, der Presse und mit Politiker*innen. Auf die Petition folgten mehrere Studierendenvollversammlungen, eine Stadtversammlung und gemeinsame Streiks an den Betriebshöfen. Höhepunkt war der bundesweite Streik am ersten März 2024, an dem Beschäftigte und Klimaaktivist*innen unter gro-

ßem Interesse der internationalen Presse gemeinsam für die Finanzierung einer sozialen Verkehrswende protestierten und die rund 200.000 Unterschriften an die Bundespolitik überreicht wurden.

Doch das war noch nicht das Ende, sondern erst der Anfang – denn 2025 geht es in die nächste Tarifrunde mit Streiks von BVG, BSR ... und Krankenhäusern!



Leonie Wingerath
Sprecherin der Grünen
Jugend Berlin

IMPRESSUM

**Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Neukölln**

Redaktionsadresse:
Neuköllner Stachel
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln
Berthelsdorfer Straße 9
12043 Berlin

V.i.S.d.P.: Christina Hilmer-Benedict,
Malte Spielmann

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder.

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Jonathan Philip Aus, Anna Cavazzini, Philmon Ghirmai, Bahar Haghanipour, Christina Hilmer-Benedict, Susanna Kahlefeld, Ulrike Klein, Angela Korte, René Lutter, Martin Kupfer, Erik Marquardt, Swantje May, David Meier, Milena Oschmann, Terry Reintke, Johann Schily, André Schulze, Malte Spielmann, Daniel Wesener, Paul Widera, Leonie Wingerath, Susann Worschech

Layout & Gestaltung: Johann Schily

Internet: gruene-neukoelln.de

Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

Icons: S. 2: Rasama studio (Bus), Bahrul Ulum (Lieferkette), Alice Design (Bäume), Marz Gallery (Schiene), Rockicon (Geld), Noun Project. S. 3: Adrien Coquet (Hürde), carnadirí (Handschlag), Uswa KDT (Lupe), Veronika Krpciarova (Paragraph), Olivia (Euroscheine), Noun Project. S. 9: manshagaphic (Klimawandel), Flaticon. Hayva Zoeya (Sonne), Warunk Icon (Fahrrad, Baum), Chintuza (Abgas), Rockicon (Geld) Gede Wirayasa (Biene) S. 12: Adrien Coquet (Europa), Muhammad Nur Auliady Pamungkas (Gebäude), Noun Projekt.

DIE EU IN NEUKÖLLN

Ein Vorurteil über die Europäische Union ist, dass sie ein bürokratischer Verwaltungsapparat sei, der nichts mit unserem Alltag zu tun hat. Doch die EU steckt in und hinter vielen Projekten, die unser Leben einfacher, gerechter, inklusiver und nachhaltiger machen. Wir stellen sechs der geförderten Projekte in Neukölln vor – und das sind bei weitem nicht alle.

FRIEDHÖFE ALS GRÜNE OASEN

In Berlin werden immer mehr Friedhofsflächen nicht mehr für Bestattungen benötigt. Mit dem Projekt „Grüne Friedhöfe“ werden die Flächen umgenutzt – wie z.B. in den Prinzessinnengärten. Das Projekt wird mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung gefördert.

BETEILIGUNG LEICHT GEMACHT

Die Bürgerstiftung Neukölln unterstützt wenig literalisierte Menschen dabei, an Beteiligungsveranstaltungen – etwa zu neuen Kiezblocks – teilzunehmen und wird dafür von der EU ko-finanziert.



Du willst mehr wissen? Unter dem QR-Code gibt es weitere Informationen über die Programme und Projekte der verschiedenen EU-Fördermittel in Berlin.

1

TIO – BERATUNG UND QUALIFIZIERUNG

Der „Treff- und Informationsort für migrantische Frauen“ berät zu Beruf, Bildung und Beschäftigung – und das auf verschiedenen Sprachen. Der Europäische Sozialfonds finanziert ein Projekt, mit dem Frauen ab 18 einen Schulabschluss erwerben können.

4

UNTERSTÜTZUNG BEI ARBEIT UND AUSBILDUNG

Bei Ayekoo e.V. werden Geflüchtete und Migrant*innen für Arbeit und Ausbildung beraten – der Europäische Sozialfonds fördert ein Beratungs-Projekt für den Start in eine Karriere im Gesundheitssektor.

5

ERASMUS+ AN DER EUROPASCHULE

Wie viele andere Neuköllner Schulen nimmt das Albert Einstein-Gymnasium am EU-geförderten Erasmus+ Programm teil: Es ermöglicht Begegnung, Vernetzung und Austausch – und das europaweit! Von den Erfahrungen profitieren Schüler*innen und Lehrer*innen gleichermaßen.

6

EUROPA IM QUARTIER

In der letzten EU-Förderperiode wurde u.a. das Quartiersmanagement Gropiusstadt gefördert. In der aktuellen Förderperiode ist die Gropiusstadt Teil des Gebiets vom Förderprogramm „Europa im Quartier“ – für den Förderzeitraum 2024 haben sich verschiedene Projekte aus der Gropiusstadt beworben und könnten sich ab Juli über eine Förderung freuen.

